

Revolution und Vereinigung

Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung



© picture alliance/dpa-Zentralbild

Kumpel beim – erfolglosen – Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze vor dem Schacht Bleicherode (1990)

In den letzten Dekaden erzählten die Jubiläumsreden und -artikel zur Friedlichen Revolution in der DDR, zur Deutschen Vereinigung und zum Wandel im Osten eine nahezu ungebrochene Erfolgsgeschichte. Demgegenüber sind die Bilanzen der neuen Bundesbürger/-innen nüchterner und ambivalenter. Dass Gesellschaften immer wieder große, übergreifende Erzählungen über sich entwickeln, Mythen, die die eigene Vergangenheit glätten und vereindeutigen, ist normal. Diese Großen Erzählungen – in der Geschichtswissenschaft auch „Meistererzählungen“ genannt – stiften Sinn, sie eröffnen die Chance, sich unter dem Dach einer gemeinsamen Erzählung zu versammeln, und wirken zentrifugalen Kräften entgegen. Allerdings sieht sich im Falle des vereinigten Deutschlands die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung nicht in der dominierenden Erzählung repräsentiert. Die Erzählung von der „Wiedervereinigung“ bildet derzeit kein Dach, unter denen sich alle Ost- und Westdeutschen gleichermaßen versammeln können.

Es reicht offensichtlich nicht aus, wenn die Geschichte der Ostdeutschen reduziert wird auf den Übertritt von einer Gesellschaft der Diktatur und der Konsumschränkungen hin zu einer der politischen Freiheit und des Zugangs zu einem internationalen Arbeits- und Konsumentenmarkt. Etwas fehlt in der großen Erzählung. Die Realität war und ist zwiespältiger. Vieles von dem, was bestimmte ostdeutsche Bevölkerungsgruppen in den Monaten vor und während der Revolution und in den Jahren der Transformation angestrebt hatten, haben sie erreicht oder bekommen – vieles aber eben auch nicht.

Prägungen der ostdeutschen Transformation

Diese ausgeprägte Ambivalenz beruht nicht darauf, dass die Friedliche Revolution eine halbherzige gewesen ist, wie sonst in der deutschen Geschichte, sondern darauf, wie die Transformation des Ostens abgelaufen ist. Obwohl zwei Drittel des ostdeutschen Wahlvolks jenes Parteienbündnis wählten, das den möglichst raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik anstrebte, verlief für sehr viele Beitrittsbefürwortende die Integration in das Arbeitsleben anders als erwartet. Das lag nicht an den illusionären Vorstellungen der Ostdeutschen, sondern an zwei Einflussgrößen, einer innenpolitischen und einer weltwirtschaftlichen. Das führte dazu, dass sich die Marktwirtschaft deutlich veränderte und die Ostdeutschen eine doppelte Transformation mit fehlendem Kapital durchmachen mussten.

Deutschlandpolitisch setzte man Anfang 1990 in Bonn auf jenes der drei Konzepte zur wirtschaftlichen Integration Ostdeutschlands, das den Einheitsprozess unumkehrbar machen würde. Die anderen beiden, das „Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform der DDR“ vom 5. Januar 1990, welches den „Übergang zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft“ vorsah und durch die Modrow-Regierung bis zu ihrer Abwahl auch umgesetzt wurde, sowie das am 20. Januar in Wiesbaden vorgestellte Wirtschaftsreformkonzept des „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ hatten hingegen eine Gemeinsamkeit. Sie veranschlagten mehrere Zwischenschritte, an deren Ende die vollständige Konvertibilität der DDR-Mark oder die Währungsunion, etwa im Jahr 1992, stehen sollte.

Doch Kanzler Kohl favorisierte ein Konzept, das



© Tom Schulze

Dr. phil. **Thomas Ahbe**, Sozialwissenschaftler und Publizist, studierte 1981-1986 Philosophie, Ökonomie und Soziologie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wo er 1992 auch promoviert wurde. Von 1992 bis 2008 arbeitete er u. a. an den Universitäten München, Leipzig und Wien.

die Währungsunion nicht als Krönung der Transformation, sondern als deren Fundament ansah (vgl. Roesler 2003: 58ff.). Für ihn galt offensichtlich das Primat der Politik, er wollte den Vereinigungsprozess beschleunigen.

Für die ostdeutsche Wirtschaft war der Termin der vollständigen Währungsunion verfrüht, sodass der Aufwertungsschock von 1:4 die allermeisten Firmen ruinierte. Ansonsten setzte die Politik bei der Wirtschaftstransformation ganz auf die „Selbstregulation des Marktes“ und die Treuhand-Strategie „Privatisieren vor Sanieren“. Betriebe mit ihrem weitverzweigten Grundstücks- und Immobilienbesitz, mit ihren zum Teil modernen Ausrüstungen, Kundenbeziehungen und Marktanteilen wurden für eine DM auf den Markt geworfen. Für die ostdeutschen Beschäftigten war das verheerend, zugleich führte es zu einem massiven Vermögensabfluss von Ostdeutschland in die Hände westdeutscher Kapitalbesitzer. Für die Ostdeutschen blieb es ein „Kapitalismus ohne Kapital“.

IN EINEM JAHR WAR DIE REVOLUTION VOLLENDET UND DIE DDR SELBST VERSCHWUNDEN

Zugleich wurde im Verlaufe der 1990er Jahre die Wende hin zu einem globalisierten Kapitalismus spürbar. Die Zeit des eher nationalstaatlich miteinander verflochtenen und sozialstaatlich eingehegten Kapitalismus der sogenannten „Deutschland AG“ – jenes Modell, das Gegenstand der langjährigen Sehnsucht der ostdeutschen Beitrittsbefürwortenden war – löste sich auf. Das Kapital wurde mobil, erzielte seine Renditen zunehmend auf einem globalen Finanzmarkt und erzeugte für die einzelnen Volkswirtschaften einen Steuerwettbewerb nach unten. Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder deregulierte ab 1998 den Arbeitsmarkt, senkte die Unternehmenssteuer und machte mit der Absenkung

des Rentenniveaus bei gleichzeitiger Einführung der kapitalgedeckten Zusatzrente (Riester-Rente) der Versicherungswirtschaft ein besonderes Geschenk. Hinzu kamen die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Pressionen von Beschäftigten und Arbeitslosen durch die Hartz-IV-Gesetze. In West und Ost änderte sich der Alltag der Lohnabhängigen.

Kleine Typologie des ostdeutschen Wandels

Revolution und Vereinigung haben zwar allen Ostdeutschen politische Freiheiten und einen Rechtsstaat gebracht, dennoch aber Gewinne und Verluste recht unterschiedlich verteilt. Bisweilen vermischen sich auch Gewinne und Verluste in ambivalenter Weise: Manche Gegner oder Opfer der SED-Diktatur sind zwar politisch als Gewinner anzusehen, müssen sich aber in prekären sozialen Verhältnissen durchs Leben schlagen. Manche Systemträger der SED-Diktatur hingegen stehen zwar als politische Verlierer, zugleich aber als materielle Gewinner da. Zwischen diesen extremen Konstellationen gibt es noch eine Vielzahl von Grautönen.

Gewinner und Verlierer der Revolution

Die Friedliche Revolution in der DDR hatte im Jahr 1989 zwei kurz hintereinander liegende Weichenstellungen: Die erste Weiche wurde am 9. Oktober 1989 gestellt, als die 70.000 mutigen und friedlichen Menschen der Leipziger Montagsdemonstration den irreversiblen Durchbruch zur Gewaltlosigkeit schafften. Bis dahin hatte der Staat immer gewaltvoller auf die Demonstrationen und Proteste reagiert. Von da an waren der Weg für eine verhandelte Übergabe der Macht frei und blutige Auseinandersetzungen abgewendet. Das war für nahezu alle in der DDR, auch für jene, die nicht zu den Demonstranten gehörten, ein Gewinn und eine Befreiung. In den Wochen nach diesem Umschwung zeichneten sich die ersten, gewissermaßen „klassischen“ Verlierer der Revolution ab: Die Vertreter des alten Regimes und ihre Gefolgschaft. In einer ersten, bis Ende 1989 andauernden und durch die SED-Reformer verantworteten Entlassungswelle wurden knapp zwei Drittel der alten DDR-Elite abgesetzt. Während der Amtszeit der im März 1990 demokratisch gewählten Regierung von Lothar de Maizière wurden auch die restlichen DDR-Führungskräfte, zum Teil auch die im revolutionären Herbst und Winter spontan gewählten Funktionsträger in

Staat, Wirtschaft, Bildung, Medien und Wissenschaft ausgetauscht (vgl. Kollmorgen 2015: 196).

Die zweite Weichenstellung von 1989 war die in der Nacht vom 9. November beginnende Grenzöffnung. Sie machte die Reformer der DDR zu politischen Verlierern. Hierzu gehörten auch Teile der Bürgerbewegung, die mit viel Risiko die Revolution angeschoben hatten. Alle waren sie vom Ruf „Wir sind das Volk“ begeistert. Sie konnten sich aber nur kurz einbilden, dass sie es nun seien, die dieses „Volk“ repräsentierten und den Wandel der DDR hin zu einer demokratischen, ökologischen und sozial gerechten Alternative zur Bundesrepublik anführten. Denn die Massen, die nach den Grenzöffnungen in den Westen strömten, schwemmten die Reformer an den Rand. Für „das Volk“ war der Weg in den Westen oder die Einführung desselben im Osten die deutlich attraktivere Option als die Reformierung der DDR. Die Revolution wechselte die Richtung und leistete ganze Arbeit. Die neugewählte Volkskammer beschloss die Aushandlung eines Beitrittsvertrages. Er trat am 3. Oktober 1990, fast auf den Tag genau ein Jahr nach der impulsgebenden Leipziger Demonstration vom 9. Oktober 1989, in Kraft. In einem Jahr war die Revolution vollendet und die DDR selbst verschwunden.

DIE ARBEITERSCHAFT DER DDR SETZTE GROBE HOFFNUNGEN IN DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Für jene, die sich in der DDR eingeeignet fühlten, deren Entfaltung und Karrieren behindert, die Repressalien ausgesetzt waren oder politisch verfolgt wurden, war das Verschwinden des Landes ein vollkommen glücklicher Umstand, eine Befreiung. Vor allem die Jüngeren von ihnen holten das verweigerte Studium nach und starteten neue Karrieren in Kultur und Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Oder in der politischen Bildung: In einer Vielzahl von staatlich oder durch Vereine getragenen Einrichtungen können DDR-Opfer hauptamtlich ihre Sicht auf den Alltag dieses Landes kundtun. Daneben wiederum gibt es Opfer, die durch ihre Verfolgung in der DDR traumatisiert wurden, ohne Ausbildung vom Arbeitsmarkt nicht aufgenommen oder arbeitsunfähig sind und letztlich in die stiefmütterliche Pflege des Hartz-IV-Systems überführt wurden (vgl. Jenaer Zentrum 2008). Diesen unglücklichen Siegern der Revolution standen und stehen gut verdienende Verlierer gegenüber.

Die DDR-Akademiker/-innen und Funktionäre

Andererseits konnten sich die politischen Verlierer der Revolution neu etablieren, beispielsweise, als die westdeutschen Versicherungsgesellschaften im Beitrittsgebiet neue Dependancen gründeten. In den frühen Neunzigerjahren rekrutierten sie ihr Personal auch unter ehemaligen Funktionären oder den „abgewickelten“ DDR-Gesellschaftswissenschaftlern der Hochschulen und Universitäten, weil sie „Leute mit Titel“ suchten. Viele ehemalige SED-Mitglieder mit naturwissenschaftlichen, technischen oder medizinischen Abschlüssen konnten auf ihren in der DDR erworbenen Kompetenzen aufbauen.

Freilich: Die meisten wurden degradiert, und der einzige Vorzug ihrer neuen Chefs schien oft deren Herkunft aus dem Westen zu sein. Die Ärz-

Die Beschäftigten der ostdeutschen Industrie

Die Arbeiterschaft, die in der DDR immer wieder die Erfahrung machte, dass es letztlich die Funktionäre waren, die von ihrer Arbeitsbereitschaft abhängig waren, dass die Arbeiter häufig mehr verdienten als die Abteilungsleiter und Ingenieure, und die als Gruppe mit entsprechendem Selbstbewusstsein ausgestattet war (vgl. Kleßmann 2007: 743 ff.), setzte große Hoffnungen in die soziale Marktwirtschaft. Sie erwarteten, dass der Investitionsstau in vielen Betrieben und die einkommensmindernden Stockungen im Materialzufluss in der Marktwirtschaft ein Ende haben würden.

Sie erhofften vom Systemwechsel also vor allem Zugewinne: Gutes Geld für gute Arbeit. Dennoch wurden vor allem die Arbeiter/-innen der ostdeutschen Industrie zu Verlierern der Transformation.



Folgen des Primats der Politik: ein Werbeschild der CDU vor den Industrieanlagen des Werks Bleicherode der Kali Südharz AG, das nach der Wende zerschlagen wurde.

tinnen und Psychologen in den aufgelösten Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens wiederum mussten sich niederlassen und oft erst mit 40 Jahren und darüber eine zweite Erwerbskarriere starten, die sie inzwischen oft mit positiver Bilanz abschließen konnten.

Im betrieblichen Bereich erlebten sie einen ungeahnten Statusverlust. Aus der „Arbeiterklasse“ der DDR-Propaganda, aus einer Gruppe mit enormer passiver Macht, wurde austauschbares „Personal“ und ein immer wieder neu zu kalkulierender Kostenfaktor.



© Bundesarchiv, Foto: Wolfgang Kluge

Aus der „Arbeiterklasse“ wurde „Personal“. Arbeiter im Drehmaschinenwerk Leipzig (Januar 1989), das 1997 in Konkurs ging.

Die andere negative Erfahrung ist die flächen-deckende Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit. Das heißt auch, dass für die ostdeutschen Arbeiter nach 1989/90 die Zeit der Massenproteste und Demonstrationen nicht vorbei war, sondern bis etwa 1993 andauerte (vgl. Roesler 2003: 84 ff.).

Die Leiter aus der sozialistischen Wirtschaft

Anfang der 1990er Jahre gab es ein kleines Zeitfenster, in dem einstige Leiter der DDR-Betriebe und Kombinate sich an die Spitze von meist kleinen mittelständischen Betrieben setzen konnten, deren Privatisierung durch die Treuhandanstalt mehrfach gescheitert war. Diese Unternehmer illustrieren, dass und wie die in der DDR erworbenen akademischen Abschlüsse und beruflichen Erfahrungen nach der Wende durchaus auch gewinnbringend angewendet werden konnten. Allerdings können manche von ihnen als „Unternehmer wider Willen“ (Martens/Lungwitz 2012: 111) bezeichnet werden, weil die Firmengründung für sie oft die einzige Möglichkeit darstellte, überhaupt berufliche Kontinuität über die Wende hinweg zu bewahren beziehungsweise die eigenen Betriebe und deren Belegschaft vor der Liquidierung zu retten.

Alte und neue Selbstständige

Die Selbstständigen in der DDR fühlten sich durch staatliche Flächenbewirtschaftung, Kredit- und Steuerpolitik sowie die Beschränkungen im Wareneinkauf gegängelt. Sie lebten nicht schlecht, viele waren vor dem Hintergrund der DDR-Vermögensstruktur wohlhabend, aber sie wollten endlich frei wirtschaften und sich entfalten. Mit dem Übergang zu einer freien Marktwirtschaft war das nun gegeben. Allerdings begannen sich mit den 1990er Jahren die Regeln des Einzelhandels grundsätzlich zu ändern. Kleine Einzelhändler und Gewerbetreibende wurden durch Handelsketten oder Boutiquen internationaler Label, die bei den Mietsteigerungen mithalten konnten, aus den Zentren der Großstädte verdrängt. Natürlich passierte das auch im Westen. Wenn aber lokal berühmte Privathändler, die den Schwierigkeiten der sozialistischen Wirtschaft und Bürokratie erfolgreich getrotzt hatten, ausgerechnet in der Marktwirtschaft von der Bildfläche verschwinden, dann ist das nicht ohne bittere Ironie. Weniger in der Öffentlichkeit standen Traditionsbetriebe des Handwerks, etliche konnten an den Bauaufträgen in den Dekaden nach der Wende partizipieren.

**DIE OSTDEUTSCHEN SEHEN IHRE
LEBENSGESCHICHTE UND IHRE
ANSICHTEN NICHT AUSREICHEND
RESPEKTIERT**

Die ostdeutsche Minderheit im vereinigten Deutschland

Die letzten großen repräsentativen Studien zur Vereinigungsbilanz und Lebenssituation der Ostdeutschen erschienen 2015 zum 25. Jubiläum der Vereinigung (vgl. Winkler 2015; Holtmann u. a. 2015). Seitdem muss diesbezüglich auf länderspezifische Erhebungen wie beispielsweise den *Sachsen-Monitor* oder den *Thüringen-Monitor* zurückgegriffen werden. Diese Umfragen sind nicht immer gut zu vergleichen und mischen zudem Fragen, die das Gruppen-schicksal der ehemaligen DDR-Bürger betreffen, mit landesbezogenen Fragen. Die Gruppe der Ostdeutschen als Gesamtheit gerät also allmählich aus dem Blick der empirischen Sozialwissenschaft.

Fragt man, welche individuelle Bilanz der deutschen Vereinigung im Jahr 2018 gezogen wird, so überwiegen für 63 Prozent der Sachsen und 68 Prozent der Thüringer die Vorteile. Die Nachteile überwiegen für 13 Prozent der Sachsen und 16 Prozent der Thüringer. Und für 21 Prozent der Sachsen und 14 Prozent der Thüringer halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Schlüsselte man die Antworten nach Altersgruppen auf, so bestätigt sich das im vorstehenden Absatz gezeichnete Bild: Die beste persönliche Bilanz ziehen jene, die zur Wende Kinder und Jugendliche waren, die negativste jene Menschen, die zur Wende bereits voll im Berufsleben standen. Obwohl die individuellen Vereinigungsbilanzen insgesamt recht gut sind, meinen 52 Prozent der Sachsen und 42 Prozent der Thüringer, dass sie in Deutschland als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt werden. Und dem Satz, „nach der Wiedervereinigung sei vielfach neues Unrecht geschaffen worden“, stimmen immerhin 63 Prozent der Sachsen zu (vgl. dimap 2018: 16 f.; Reiser u. a. 2018).

Geht man also von der persönlichen, individuellen Ebene auf die Gruppenebene und die allgemeineren Bewertungen über, fällen die Ostdeutschen ein ambivalentes Urteil über die Vereinigung. Die Ostdeutschen sehen ihre Lebensgeschichte und ihre Ansichten nicht ausreichend respektiert. Zeigt sich wieder einmal, dass in Ostdeutschland Wertvorstellungen von den durchschnittlichen westdeutschen verbreitet abweichen, so wird über die Ostdeutschen wie von schlechten Schülern gesprochen, dass sie also „immer noch nicht in der Demokratie angekommen“ seien. Das ist ebenso ein Ärgernis wie der Umstand, dass die Ostdeutschen überwiegend von westdeutschen Eliten regiert werden (vgl. Kollmorgen 2015). Dieser in den ersten Jahren nach dem Beitritt unvermeidliche Trend hat sich in den Dekaden danach nicht abgeschwächt, sondern verstärkt, was zu einer „Subalternisierung“ der Ostdeutschen führte (Kollmorgen 2011).

So bleibt das vereinigte Deutschland in gewisser Beziehung doch noch gespalten: Es ist gespalten in westdeutsche Behördenchefs und ostdeutsche Angestellte, in westdeutsche Vermieter und ostdeutsche Mieter, in westdeutsche Generäle und Obristen und ostdeutsche Unteroffiziere und Soldaten, in westdeutsche Richter und Staatsanwälte und ostdeutsche Kläger oder Angeklagte, in westdeutsche Minister und Staatssekretäre und ostdeutsche Regierte. Und schließlich: In westdeutsche Chefredakteure und Intendanten und ostdeutsche Medienrezipienten, die sich seit dem Beitritt in recht einseitiger Weise dargestellt sehen (vgl. Ahbe 2004).

Zu dieser Gruppe stießen Neugründer, allerdings sind viele von ihnen gescheitert. Anders als vergleichbare Familienfirmen in den alten Bundesländern fehlte ihnen das Kapital für lange Durststrecken. Zu den Neugrüdern gehörten auch Personen, für die die Selbständigkeit vor allem eine Antwort auf ihre Arbeitslosigkeit war. Viele mussten wieder aufgeben, weil sie auf Angebote setzten, die sich bald erledigten, und auch sie hatten zu wenig Eigenkapital und Kredit.

Umbruch und Lebensalter

Die für alle Ostdeutschen geltenden Chancen, Herausforderungen und Belastungen der Transformation unterschieden sich sehr stark nach dem Lebensalter, in dem die Menschen in die Wende traten. Die Älteren profitieren von den günstigen Rentenübergangsregelungen und den Chancen des Vorruhestandes. Am schwersten hatten es die Kohorten, in etwa 15 Jahre vor dem Ruhestand



Viele Akademiker/-innen gehörten zu den Verlierern der Revolution. Protestaktion in der Leipziger Innenstadt 1992

stehend, die sich den Belastungen des Umbruchs in der Arbeitswelt unterziehen oder gar sich eine neue Arbeit suchen mussten. Die zur Wende 30- bis 40-Jährigen hatten zwar noch mehr Kraft, standen aber auch schon in der Mitte ihres Berufslebens, hatten Kinder und waren ebenfalls großen Belastungen ausgesetzt. Für die jungen Erwachsenen und Jugendlichen hingegen kam der Umbruch biografisch ideal. Sie konnten mit Studium und Ausbildung entweder noch einmal neu durchstarten, hatten selbst oft noch keine Verantwortung für Kinder und nutzten die neuen Freiheiten. Für die Kinder dagegen war das Verschwinden der DDR und die Belastungen, die ihre Eltern im Umbruch zu Schultern hatten, ein Verlust an Geborgenheit und Struktur (vgl. Ahbe/Gries 2006).

Warum gibt es keine Große Erzählung, die die Ostdeutschen integriert?

Für die ostdeutschen Leistungen nach der Vereinigung gibt es keine Begriffe, die das Geschehen ebenso suggestiv verarbeiten wie die Rede vom „Mauerfall“ oder von der „Wiedervereinigung“. Die

letzten mythischen Begriffe, die auf die Transformation abzielten, waren die von den „blühenden Landschaften“, die sich für viele Regionen als Fehlanzeige herausstellten, oder die still entschlafene Parole von der „inneren Einheit“.

„BLÜHENDEN LANDSCHAFTEN“ UND „INNERE EINHEIT“?

Anders als beim Mythos der alten Bundesrepublik, der Erzählung vom „Wirtschaftswunder“, gibt es für die Transformationsanstrengungen der Ostdeutschen keine durchweg positiv konnotierte Erzählung. Und anders als in den ersten Dekaden im „Wirtschaftswunderland“, in denen man sich einig war, lieber nicht auf die Nazi-Diktatur zurückzuschauen, gab es im vereinigten Deutschland von Anfang an einen forcierten Diskurs zur Aufarbeitung der SED-Diktatur samt der dafür neugegründeten institutionellen Basis. Das hing damit zusammen, dass nach der Wende von 1990 nicht wie 1945 das Vorleben der gesamten Bevölkerung hätte aufgearbeitet werden müssen. Nach 1990 mussten die Vertreter der westdeutschen Mehrheit und die neue ostdeutsche Politik-Elite lediglich das Vorleben einer ihnen fernstehenden Minderheit, nämlich der ehemaligen DDR-Bevölkerung, aufarbeiten. Mit der Rede von der „zweiten deutschen Diktatur“ oder dem „Totalitarismus“ rückte man das, woran sich die SED-Genossin oder der konforme DDR-Bürger beteiligt hatten, in die Nähe der Verbrechen, die Deutsche während der Nazi-Diktatur begangen hatten.

DIE „KOLONISIERUNG DES OSTENS“ WAR EIN FOLGERICHTIGES ERGEBNIS DER NACH MARKT-LIBERALEN PRINZIPIEN Vorgenommenen EXPANSION

Die so fokussierte Vergangenheitspolitik blendet aus, was für eine Meistererzählung, die auch die Ostdeutschen integrieren könnte, wichtig wäre: Erstens, dass jene drei Viertel der DDR-Bürger, die nicht zu den entschiedenen Gegner/-innen des DDR-Systems zählten (vgl. Holtmann/Köhler 2015: 203; 237), sich eben nicht einfach nur als Opfer eines Unrechtsregimes fühlten. Sie sind auch stolz auf ihre Lebensleistung in der DDR, auf ein Leben, das nach verbreiteter westdeutscher Sicht nichts

weiter als die Teilnahme an einem ohnehin zum Untergang verurteilten System war. Zweitens unterschlägt der jetzige Umgang mit der Vereinigung, dass die Ostdeutschen eigentlich Held/-innen des Neuanfangs sind, Überlebende einer historischen Konstellation, in der viele gewannen, aber vielen auch trotz größter Anstrengungen nur geringer Erfolg vergönnt war.

Diese Ausblendungen hängen nicht nur damit zusammen, dass die Ostdeutschen eine Minderheit und die Medien des Landes in westdeutscher Hand sind, sondern auch damit, dass man vor der destruktiven Dynamik des Kapitalismus seine Augen verschließen möchte. Denn die zwiespältigen Ergebnisse bei der Transformation der neuen Bundesländer, bei der Übernahme der wirtschaftlichen Werte durch westdeutsche Akteure oder bei der „Kolonisierung des Ostens“ waren kein Unfall. Sie waren folgerichtiges Ergebnis einer nach marktliberalen Prinzipien vorgenommenen Expansion, die nicht der deutschen Allgemeinheit, sondern nur wenigen westdeutschen Kapitalbesitzer/-innen genützt hat.

Literatur

Ahbe, Thomas (2004): *Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 41-42, S. 12 – 22.

Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (2006): *Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. Theoretische und methodische Grundlegung am Beispiel der DDR*. In: Schüle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hg.): *Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*. Leipzig, S. 475 – 571.

Holtmann, Everhard/Gabriel, Oscar W./Maier, Jürgen/Maier, Michaela/Jaack, Tobias/Leidecker, Melanie (2015): *Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Abschlussbericht*. Berlin.

Holtmann, Everhard/Köhler, Anne (2015): *Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen*. Frankfurt/M.

Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung (2008): *Zur sozialen Lage der Opfer des*

SED-Regimes in Thüringen. Forschungsbericht im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Erfurt.

Kleßmann, Christoph (2007): *Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971)*. Bonn.

Kollmorgen, Raj (2015): *Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten*. In: Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hg.): *Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration*. Berlin, S. 189 – 220.

Kollmorgen, Raj (2011): *Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung*. In: Ders./Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden, S. 301 – 359.

Martens, Bernd/Lungwitz, Ralph-Elmar (2012): *Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer – Ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten der Transformation*. In: Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt/M., S. 104 – 122.

Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018): *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018*. Jena.

Roesler, Jörg (2003): *Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. 1970 – 2000*. Bonn.

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2018): *Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht*. Bonn.

Winkler, Gunnar (2015): *Die deutsche Vereinigung. 1989 bis 2015. Positionen der Bürgerinnen und Bürger*. Berlin.